

**Gemeinsamer Antrag
im Rat
der Stadt Krefeld
-öffentlich-**

**SPD-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen**

Vorlagennummer

7152/24 A

Krefeld, 16.12.2024

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Rat	17.12.2024	beschließend

Betreff

zu TOP 46: Bezahlkarte für Leistungen aus dem AsylbLG - Einbringung eines Antrags der Fraktionen von SPD und B90/Die Grünen

Beschlussentwurf

Der Rat der Stadt Krefeld stellt fest, dass es für die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz keine Notwendigkeit gibt und beschließt, in Krefeld keine Bezahlkarte für Geflüchtete einzuführen.

Begründung

Nach einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW (hier abrufbar: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.928629.de/24-49-1.pdf) senden lediglich sieben Prozent der Geflüchteten Geld aus Deutschland ins Ausland. Die Tendenz ist gemäß der Studie weiter abnehmend. Die Vorstellung, dass Geflüchtete, die auf Grundsicherung angewiesen sind, in großem Umfang Geld ins Ausland schicken, entbehrt damit jeder empirischen Grundlage.

Die bundesweite Debatte über Geldüberweisungen von Geflüchteten in ihre Heimat, die im vergangenen Jahr dazu führte, dass der Bundestag über eine gesetzliche Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes eine Bezahlkarte als mögliche Form der Leistungserbringung einführte, spiegelt damit nicht die Realität wider.

Aus Sicht der antragstellenden Fraktionen sollte in Krefeld schon allein deswegen keine Bezahlkarte eingeführt werden. Es würde eine bürokratische Extra-Maßnahme geschaffen, die Geld kostet und nicht zur Integration von zu uns Geflüchteten führt, sondern diese in ihrer Selbstbestimmtheit und Freizügigkeit weiter einschränkt und stigmatisiert.

gez.

Benedikt Winzen und Stella Rütten
Vorsitzender Vorsitzende
SPD-Fraktion SPD Krefeld

gez. Karsten Ludwig
Sozialpolitischer Sprecher
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen